



Pressemitteilung zum Welt-Parkinson-Tag:

Deutsche Parkinson
Vereinigung e.V.

Deutsche Parkinson Vereinigung (dPV) appelliert an die Krankenkassen: Legen Sie endlich eine Studie auf!

Neuss, 11. April 2019 – Anlässlich des Welt-Parkinson-Tags ruft die Deutsche Parkinson Vereinigung (dPV) die Krankenkassen dazu auf, die Folgen eines nicht medizinisch indizierten Medikamentenaustauschs in der Indikation Parkinson zu erforschen. Nur auf dem Wege einer Studie könne die fortgesetzte Gefährdung der Patienten bei gleichzeitiger Verschwendung von Beitragsgeldern beendet werden.

Mit inzwischen 450.000 Erkrankten und jährlich rund 60.000 Neuerkrankungen ist die unheilbare neurodegenerative Erkrankung auch nach Auffassung der dPV auf dem Weg, in Deutschland zu einer Volkskrankheit zu werden. Um sie zu behandeln, müssen zahlreiche, fast ausnahmslos generische Medikamente über Wochen aufeinander abgestimmt werden, wobei die medikamentöse Einstellung zumeist stationär erfolgen muss. Eine Änderung dieser stets individuellen Kombinationsmedikation ist nur dann angezeigt, wenn es der fortschreitende Krankheitsverlauf erfordert. Tatsächlich kommt es infolge der Aut-idem-Regelung aber immer wieder zu unnötigen Störungen der Behandlung – was gravierende Folgen für die schwer kranken Patienten nach sich ziehen kann.

Als Anlaufstelle für Parkinson-Patienten erreichen die dPV seit Jahren dramatische Schilderungen über plötzliche Schmerzen, unkontrollierbare Überbewegungen, Bewegungsunfähigkeit oder sogar lebensbedrohliche Krisen nach einem nicht medizinisch begründeten Medikamentenaustausch. Schon vor fünf Jahren hat die dPV eine Umfrage durchgeführt, bei der über 80 Prozent der befragten Mitglieder angaben, eine solche Situation schon erlebt zu haben. „Seitdem setzen wir uns auf allen Ebenen des Gesundheitswesens für eine Ausnahme aus der Aut-idem-Regel in der Indikation Parkinson ein“, so Friedrich-Wilhelm Mehrhoff, Geschäftsführer der dPV heute in Neuss – der diese Forderung auch damit begründet, dass man den unter Regressdruck stehenden Ärzten und Apothekern nicht länger zumuten könne, die für Parkinson-Patienten ungeeignete Regel ständig durch Aut-idem-Kreuze außer Kraft setzen zu müssen.

Inzwischen habe man auf den Führungsebenen der Selbstverwaltung und der Politik das Signal erhalten, eine Lösung finden zu wollen. Allerdings soll dazu nun die dPV

nachweisen, dass der medizinische belegte Fakt einer bei Parkinson-Patienten eingeschränkten Toleranz gegenüber den erlaubten Abweichungen der Bioverfügbarkeit wirkstoffgleicher Generika auch tatsächlich im Versorgungsalltag zu gravierenden Problemen führt. Wie eine Patientenorganisation oder eine Fachgesellschaft aber ein solches Projekt personell und finanziell stemmen sollen, dazu habe sich niemand geäußert. Friedrich-Wilhelm Mehrhoff: „Bislang sind alle Versuche der dPV gescheitert, eine Kasse für eine Studie zu den Folgen der Aut-idem-Regel bei Parkinson zu gewinnen. Heute rufen wir öffentlich auf: Helfen Sie uns, den Anforderungen eines evidenzbasierten Gesundheitssystems zu genügen und helfen Sie sich, viele Millionen von Beitragsgeldern einzusparen, die durch unnötige Krankenhauseinweisungen von Parkinson-Kranken nach Aut-idem-Unfällen verschwendet werden.“

Über die Deutsche Parkinson Vereinigung e.V.

Die Deutsche Parkinson Vereinigung Bundesverband e.V. (dPV) ist eine Selbsthilfe-Vereinigung, die 1981 von Menschen gegründet worden ist, die selbst von der Parkinson'schen Krankheit betroffen waren. Heute zählt die dPV über 20.000 Mitglieder und ca. 450 Regionalgruppen und Kontaktstellen. Die dPV versteht sich als Zusammenschluss von Personen, die sich als Betroffene, Partner, Angehörige, Arbeitskollegen und Personen aus den Heilberufen mit Morbus Parkinson auseinandersetzen.

Pressekontakt:

Klaus Vater, 0170 1830 982, Mail: kommunikationukv@email.de